

Länderbericht Iran:

Die Missachtung der Menschenrechte 2021/22

Tausende von Menschen wurden mussten Verhöre, unfaire Gerichtsverfahren und willkürliche Haft erdulden, nur weil sie friedlich ihre Menschenrechte in Anspruch genommen hatten. Sicherheitskräfte benützten tödliche Waffen und Streumunition, um Proteste zu unterdrücken. Frauen, Queere und ethnische und religiöse Minderheiten erfuhren tief verwurzelte Diskriminierung und Gewalt. Durch Gesetze wurden Rechte von Frauen weiter eingeschränkt. Der Zugang zum Internet wurde behindert. Häftlinge mussten systematische Folter und Misshandlung erdulden, ihnen wurde häufig der Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung verweigert. Die Behörden versäumten, der Bevölkerung und vor allem Gefangenen schnellen und gleichberechtigten Zugang zu Covid-19-Impfstoffen zu gewährleisten. Gerichtsverfahren waren routinemäßig unfair. Gerichte verhängten grausame Strafen wie Auspeitschung, Amputationen und Blenden. Die Todesstrafe wurde häufig verhängt und auch vollstreckt. Verbrechen von Sicherheitskräften und politisch Verantwortlichen blieben straflos, auch die Beteiligung an den Massakern in den Gefängnissen 1988, in die auch der gegenwärtige Präsident Ebrahim Raisi verwickelt war.

Politische und wirtschaftliche Lage

Die Präsidentschaftswahlen verliefen unter repressiven Umständen. Es durften nur 7 Kandidaten antreten, unter denen nur Ebrahim Raisi Chancen auf Erfolg hatte. Frauen, Angehörige von Minderheiten und Kritiker des Systems wurden nicht zugelassen. Die Wahlbeteiligung lag unter 50% und war damit so gering wie noch nie.

Sanktionen, die Covid-19-Pandemie und Korruption verschärften die Wirtschaftskrise. Es kam zu häufigen Streiks und Protesten. Umweltexperten kritisierten, dass die Regierung den Umweltschutz vernachlässigte. Flüsse und Seen trockneten aus, Wälder wurden abgeholzt, Abfälle und Abwasser vergifteten die Wasserläufe.

Einschränkung der Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit

Die Behörden unterdrückten diese Freiheiten systematisch. Unabhängige politische Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen blieben verboten. Medien wurden zensiert und der Empfang ausländischer Sender wurde gestört.

Im Januar 2021 wurde Signal nach Facebook, Telegram, Twitter und YouTube als weitere Medienplattform blockiert. Viele Posts in sozialen Medien führten zu Verhaftungen, da sie als „konterrevolutionär“ oder „unislamisch“ bewertet wurden. Während öffentlichen Protesten wurde das Internet abgeschaltet oder massiv verlangsamt. Dennoch gelang es Aktivist_innen, Belege für Menschenrechtsverletzungen ins Netz zu stellen. Im Juli wurde ein Entwurf für ein Gesetz eingebracht, das die Produktion und die Verteilung von Mitteln zur Umgehung der Zensur kriminalisieren und die Überwachung verstärken würde. Es soll 2022 in Kraft treten.

Mehrere Tausend Menschen wurden wegen friedlicher Inanspruchnahme der Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit verfolgt und inhaftiert. Unter ihnen waren Protestierende, Journalisten, Künstler, Schriftsteller, Lehrer, Doppelstaatler und Menschenrechtsverteidiger, darunter Anwälte, Verteidiger von Frauenrechten, Rechten von LGBTI-Personen, Arbeiterrechten und Rechten von Minderheiten, Umweltschützer, Anti-Todesstrafen-Aktivistinnen und Angehörige der Opfer von Inhaftierungen und Tötungen.

Auch Menschen im Ausland, die gegen die Regierung aktiv waren, wurden bedroht, und ihre Familienangehörigen im Iran wurden teilweise zur Vergeltung verhört oder sogar inhaftiert. Im Juli 2021 klagten US-amerikanische Behörden 4 iranische Agenten an, weil sie geplant hätten, die US-iranische Frauenrechtsaktivistin Masih Alinejad zu entführen – ein Schicksal, das der schwedisch-iranische Dissident Habib Chaab und der deutsch-iranische Dissident Jamshid Sharmahd bereits erlitten haben. Ihnen droht nun die Todesstrafe.

Die Sicherheitskräfte setzten unverhältnismäßige Gewalt zur Unterdrückung friedlicher Proteste ein. Dabei benutzten sie Munition und Schrotkugeln, die zu schweren Verletzungen führten. Im Juli wurden mindestens 11 Personen getötet und Dutzende verletzt, als sie gegen die Wasserknappheit in den Provinzen Khuzestan und Lorestan protestierten. Am 26. November feuerten die Sicherheitskräfte auf Menschen in Isfahan, die gegen Ungerechtigkeiten in der Wasserversorgung protestierten. Dabei erlitten Dutzende von Menschen, darunter sogar Kinder, schwere Verletzungen auch an den Augen, bis hin zum Erblinden.

Streiks in der petrochemischen Industrie führten zur Entlassung von über 700 Beschäftigten.

Folter und Misshandlung

Folter und Misshandlung wurden verbreitet und systematisch eingesetzt, vor allem bei Verhören. „Geständnisse“, wahrscheinlich unter Folter erzwungen, wurden im staatlichen Fernsehen gezeigt und führten zu Verurteilungen.

Gefangene wurden unter grausamen und unmenschlichen Bedingungen gehalten, gekennzeichnet durch Überbelegung, unhygienische sanitäre Anlagen, schlechtes Essen, Fehlen von Betten (manche mussten auf dem Boden schlafen), schlechte Belüftung, Insektenbefall und das Fehlen von Schutzmaßnahmen gegen Covid-Infektionen. Häufig wurde angemessene medizinische Behandlung verweigert, obwohl sie von Ärzten als notwendig erachtet wurde. Erst ab August 2021 begann die Impfung von Gefangenen gegen Covid-19.

Bilder von Überwachungskameras im Evin-Gefängnis, die gehackt worden waren, zeigten, wie Gefängnispersonal Häftlinge schlug, sexuell belästigte und folterte oder ihnen Hilfe verweigerte. Mindestens 24 Häftlinge starben unter dubiosen Umständen, vermutlich wegen Folter, Misshandlung oder verweigerter medizinischer Behandlung.

Im Strafgesetzbuch sind weiterhin grausame und unmenschliche Strafen wie Blenden oder Auspeitschen enthalten. Laut der Menschenrechtsorganisation Abdorrahman Boriumand Center wurden 152 Menschen zur Auspeitschung verurteilt. Im Februar 2021 erhielt Hadi Rostami im Gefängnis von Urumieh 60 Peitschenhiebe als Vergeltung für Hungerstreiks, mit denen er gegen Drohungen reagiert hatte, dass seine Verurteilung zur Amputation von Gliedmaßen umgesetzt würde. Ein anderer Gefangener starb infolge seiner Auspeitschung.

Diskriminierung

Frauen

Frauen werden durch Gesetz und in der Praxis bei Ehe und Scheidung, Beschäftigung, Erben und Zugang zu politischen Ämtern diskriminiert. Die Zwangsverschleierung führt zu alltäglicher Schikanierung und Willkürmaßnahmen. Mindestens 6 Frauenrechtlerinnen sind wegen ihres Einsatzes gegen Zwangsverschleierung in Haft.

Sexuelle und reproduktive Rechte wurden durch ein neues Gesetz im November 2021 eingeschränkt. Dadurch wurden unter anderem der Zugang zu kostenloser Geburtenkontrolle und empfängnisverhütenden Mitteln oder Operationen zur Verhütung oder vorgeburtliche Untersuchungen erheblich eingeschränkt.

Im Juli billigte die Sozialkommission des Parlaments ein „Gesetz zur Verteidigung der Würde und zum Schutz von Frauen gegen Gewalt“. Es enthält positive Ansätze wie spezielle Einheiten der Polizei, Einrichtung von Frauenhäusern und einen nationalen Arbeitskreis zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Jedoch versäumt es, häusliche Gewalt als eigenständiges Delikt zu definieren, Vergewaltigung in der Ehe oder Kinderehen strafrechtlich zu ahnden und für Männer, die ihre Frauen und Töchter ermordet haben, angemessene Strafen vorzusehen. Bei Fällen häuslicher Gewalt soll Versöhnung Vorrang vor Bestrafung haben.

Das gesetzliche Mindestalter für die Verheiratung von Mädchen bleibt bei 13 Jahren und kann auf Antrag von Vätern noch weiter gesenkt werden. Zwischen März 2020 und März 2021 wurden 31.379 Eheschließungen mit Mädchen zwischen 10 und 14 Jahren gemeldet, 10,5% mehr als im Vorjahr.

LGBTI-Personen

Im Mai 2021 wurde Alireza Fazeli Monfared ermordet, der sich als nicht-binärer Homosexueller bezeichnet hatte. Die Tat zeigt, wie die Kriminalisierung von gleichgeschlechtlicher Sexualität Gewalt und Diskriminierung von LGBTI-Personen nach sich zieht. Personen mit nicht geschlechtskonformem Verhalten droht Kriminalisierung, wenn sie nicht eine Geschlechtsumwandlung durch Operation oder Sterilisierung beantragen. Im Militär wird Homosexualität als „Perversiön“ charakterisiert.

Ethnische Minderheiten

Zu ihnen zählen Ahwazi-Araber, türkische Azeri, Baluchi, Kurden und Turkmenen. Sie werden diskriminiert, indem ihr Zugang zu Bildung, Beschäftigung und politischen Ämtern beschnitten wird. Trotz Forderung nach sprachlicher Diversität bleibt Persisch die einzige Unterrichtssprache.

Ethnische Minderheiten waren überproportional von Todesurteilen für vage Tatbestände wie „Feindschaft gegen Gott“ betroffen. Mindestens 20 Kurden sind wegen einer solchen Verurteilung von Hinrichtung bedroht. Häufig ließen die Behörden Verurteilte im Geheimen hinrichten und gaben die Leichen nicht an die Familien frei. Das geschah z.B. im Fall von 4 Ahwazis im März und einem Kurden im Dezember.

Mehr als 200 Kurden wurden im Zeitraum Juli-August 2021 willkürlich festgenommen. Die meisten wurden nach einiger Zeit des Verschwindenlassens oder Isolationshaft freigelassen, aber einige wurden auch zu Haftstrafen verurteilt.

Die gesetzeswidrige Tötung von Dutzenden unbewaffneten kurdischen Lastenkuriere(n) (Kulbars), die Waren über die iranisch-irakische Grenze geschmuggelt hatten, und Baluchi-Benzinschmugglern an der iranischen Ostgrenze blieb ungesühnt.

Religiöse Minderheiten

Die religiösen Minderheiten sind u.a. Baha'i, Christen, Gonabadi-Derwische, Juden, Yaresan und sunnitische Moslems. Sie werden per Gesetz und in der Praxis diskriminiert, im Zugang zu Bildung, Arbeit, Kinderadoption, politischen Ämtern und Orten ihres Gottesdienstes. Ihnen drohen auch Inhaftierung, Folter und Misshandlung wegen der Ausübung oder Verkündigung ihres Glaubens. Menschen, deren Eltern als Moslems klassifiziert werden, kann darüber hinaus die Todesstrafe für „Apostasie“ (Abwendung vom rechten Glauben) drohen, wenn sie eine andere Religion annehmen oder Atheisten werden.

Am schlimmsten trifft es die Baha'i, die außer Inhaftierung, Folter und Verschwindenlassen auch die erzwungene Schließung ihrer Geschäfte, Beschlagnahmung ihres Eigentums, Zerstörung von Häusern und Friedhöfen, Ausschluss von höherer Bildung und Hass in offiziellen Stellungnahmen und Medien erdulden müssen. Im Juni 2021 zerstörten Sicherheitskräfte ungefähr 50 Wohnungen der Baha'i im Dorf Ivel in der Provinz Mazandaran.

Im Januar 2021 wurde die Religionsfreiheit weiter eingeschränkt, indem dem Strafgesetzbuch zwei Artikel hinzugefügt wurden. Sie sehen bis zu 5 Jahre Haft oder Geldstrafe vor, wenn „iranische Volksgruppen, heilige Religionen oder islamische Glaubensrichtungen beleidigt“ werden oder wenn man „sich an abweichender Erziehung oder Aktivitäten zur Bekehrung im Widerspruch zum Islam“ beteiligt.

Im Juli wurden auf dieser Grundlage 3 christliche Konvertiten zu langen Haftstrafen verurteilt. Sogenannte „Hauskirchen“, in denen sich Christen insgeheim treffen, waren häufig Ziel von Razzien.

Mehrere Gonabadi-Derwische blieben unrechtmäßig in Haft, auch wegen eines friedlichen Protests, der 2018 gewaltsam niedergeschlagen wurde. Einer von ihnen, Behnam Mahjoubi, starb am 21. Februar im Gewahrsam nach Monaten der Folter und Misshandlung sowie Verweigerung angemessener medizinischer Behandlung.

Todesstrafe

Die Todesstrafe wird nach unfairen Gerichtsverfahren auch für Straftaten verhängt, die nicht die Schwelle schwerster Verbrechen erreichen. Sie ist z.B. auch möglich für Drogenhandel oder finanzielle Korruption.

Yousef Mehrdad und Saadollah Fazeli wurden wegen „Beleidigung des Propheten“ zum Tode verurteilt. Todesurteile wurden auch als Werkzeug der Unterdrückung gegen Protestierende und ethnische Minderheiten eingesetzt.

Auch Jugendliche können zum Tode verurteilt und hingerichtet werden. Saeed Sanjari und Arman Abdolali, die zum Zeitpunkt ihrer Tat (Mord) 15 bzw. 17 Jahre alt waren, wurden 2021 hingerichtet. Noch immer droht über 80 Menschen die Hinrichtung, die zur Tatzeit minderjährig waren.

Straflosigkeit

Die Behörden verschwiegen die Zahl derjenigen, die bei den Protesten im November 2019 getötet wurden, wiesen die Beschwerden von Familien der Opfer ab und lobten die Handlungsweise der Sicherheitskräfte. Auch 2021 wurden friedliche Proteste von Angehörigen aufgelöst. Manouchehr Bakhtiari, der Vater eines der Todesopfer, wurde im April inhaftiert und im Juli zu einer Haftstrafe verurteilt, weil er gegen die Straflosigkeit für Sicherheitskräfte protestiert hatte.

Hamid Nouri, der in Schweden wegen seiner Beteiligung an den Gefängnismassakern 1988 verhaftet wurde, wurde dort im August nach dem Weltrechtsprinzip vor Gericht gestellt. Irans Außenministerium bezeichnete das als Teil einer „Verschwörung“ durch „Terroristen“ auf der Grundlage „falscher Dokumente und Zeugenaussagen“.

Die Behörden verschleierte die Umstände des Absturzes eines zivilen Flugzeugs durch die Revolutionsgarden im Januar 2020, bei dem 176 Personen ums Leben kamen. Dafür wurden Angehörige der Opfer, die Gerechtigkeit forderten, schikaniert, verhaftet, gefoltert oder misshandelt. Nur gegen 10 Offiziere niedriger Ränge wurde hinter verschlossenen Türen verhandelt.